Bundesratsbeschluss
über
die Allgemeinverbindlicherklärung von Änderungen
des Gesamtarbeitsvertrages
für das schweizerische Coiffeurgewerbe

(Vom 11. Mai 1964)

Der Schweizerische Bundesrat
beschliesst:

I

Folgende Änderungen des im Anhang zum Bundesratsbeschluss vom 17. September 1963¹⁾ wiedergegebenen Gesamtarbeitsvertrages für das schweizerische Coiffeurgewerbe werden allgemeinverbindlich erklärt:

Art. 18, Abs. 1

Die Arbeitnehmer haben Anspruch auf folgende Mindestlöhne:

	Franken
<i>a.</i> Herrencoiffeure:	
zweiter Herrencoiffeur (im Tag)	18.—
erster Herrencoiffeur (im Tag)	21.—
<i>b.</i> Coiffeusen:	
zweite Coiffeuse (im Tag)	17.—
erste Coiffeuse (im Tag)	20.20
<i>c.</i> Damencoiffeure:	
zweiter Damencoiffeur (im Tag)	19.—
erster Damencoiffeur (im Tag)	25.—
<i>d.</i> Herren- und Damencoiffeure:	
zweiter Herren- und Damencoiffeur (im Tag)	20.20
erster Herren- und Damencoiffeur (im Tag)	23.50

¹⁾ BBl 1963, II, 634

e. Arbeitnehmer während der Anlernzeit:	Franken
im 1. bis 3. Monat (im Monat)	56.—
im 4. bis 6. Monat (im Monat)	111.50
f. Angelernte Arbeitnehmer:	
bis zum vollendeten 17. Altersjahr (im Tag)	6.70
bis zum vollendeten 18. Altersjahr (im Tag)	7.80
bis zum vollendeten 19. Altersjahr (im Tag)	9.—
bis zum vollendeten 20. Altersjahr (im Tag)	11.—
nach dem vollendeten 20. Altersjahr (im Tag)	13.50

Art. 30^{bis} (neu)

¹ Zur Deckung der Kosten während einer gewissen Dauer des Vertragsvollzuges wird von allen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ein Vollzugskostenbeitrag von 10 Franken erhoben.

² Für die Mitglieder des Schweizerischen Coiffeurmeisterverbandes wird der Vollzugskostenbeitrag durch den Verband bezahlt; die übrigen Arbeitgeber haben ihren Beitrag bis zu einem von der Paritätischen Landeskommission festzusetzenden Zeitpunkt der Inkassostelle (Abs. 4) zu entrichten. Den Mitgliedern der vertragschliessenden Arbeitnehmerverbände wird der Vollzugskostenbeitrag durch den Verband zurückerstattet, da er im ordentlichen Verbandsbeitrag inbegriffen ist.

³ Für das Inkasso und die Verwaltung der Vollzugskostenbeiträge ist die Paritätische Landeskommission zuständig. Sie hat einen klagbaren Anspruch im Sinne von Artikel 27.

⁴ Das Inkasso der Arbeitnehmerbeiträge wird den Arbeitgebern übertragen. Diese sind verpflichtet, die Vollzugskostenbeiträge ihrer Arbeitnehmer vom Lohn in Abzug zu bringen und bis zu einem von der Paritätischen Landeskommission zu bestimmenden Zeitpunkt in die Kasse dieser Kommission (Postcheckkonto III 81524) einzuzahlen.

II

Dieser Beschluss tritt am 25. Mai 1964 in Kraft und gilt bis 30. Juni 1965.

Bern, den 11. Mai 1964.

7639

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates,

Der Bundespräsident:

L. von Moos

Der Bundeskanzler:

Ch. Oser

Bundesratsbeschluss über die Allgemeinverbindlicherklärung von Änderungen des Gesamtarbeitsvertrages für das schweizerische Coiffeurgewerbe (Vom 11. Mai 1964)

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1964
Année	
Anno	
Band	1
Volume	
Volume	
Heft	20
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	21.05.1964
Date	
Data	
Seite	999-1000
Page	
Pagina	
Ref. No	10 042 515

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.